

1 A-01  
2 Antragsteller: AK Europa der NRWSPD  
3  
4 Der Landesparteitag möge beschließen:  
5  
6 Für uns ist klar: NRW muss sich für Geflüchtete einsetzen!  
7  
8  
9 Leben schützen – Menschenwürde achten – Asylrecht durchsetzen  
10  
11  
12 Ende 2020 hat die EU-Kommission einen „new pact migration“ vorgelegt. Dieser Vorschlag gewährleistet nach  
13 unserer Überzeugung nicht den individuellen Anspruch  
14 auf Asyl und faire Verfahren für alle Schutzsuchenden,  
15 rechtsstaatliche Prinzipien werden nicht in allen Phasen  
16 erfüllt.  
17  
18  
19 Weiterhin fehlen eine verbindliche gemeinsame Herangehensweise für Schutz und Rettung im Mittelmeer sowie  
20 solidarische Aufnahme geflüchteter Menschen.  
21  
22  
23 Vor diesem Hintergrund erwarten wir auch von der Landesregierung NRW ein klares Zeichen für eine menschliche  
24 und solidarische Politik. Angesichts der nach wie vor unhaltbaren Zustände etwa auf den griechischen Inseln  
25 fordern wir die Landesregierung unabhängig vom  
26 gemeinsamen Asylsystem auf:  
27  
28  
29  
30 Die NRWSPD fordert die NRW-Landesregierung auf,  
31 endlich zu handeln:  
32 1. Die NRW-Landesregierung wird aufgefordert, alles  
33 zu unternehmen, damit die Aufnahme von mindestens  
34 1.000 Geflüchteten von den griechischen Inseln zeitnah  
35 erfolgen kann  
36 2. Die NRW-Landesregierung muss endlich eine Bundesratsinitiative in Berlin anstoßen: den Kommunen  
37 und Ländern soll ein Entscheidungsrecht zugestanden  
38 werden, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Kommunen  
39 und Länder sollen hierzu selbst entscheiden können.  
40  
41  
42 3. Des Weiteren soll die Landesregierung mit Soforthilfe zur  
43 Verbesserung der katastrophalen Zustände auf den Inseln  
44 Lesbos, Samos u.a. beitragen – durch die Lieferung von  
45 Zelten, technischem Know-How, medizinischer Unterstützung.  
46  
47  
48 Die NRWSPD fordert zudem die Bundesregierung auf,  
49 sich für eine verbesserte Initiative stark zu machen: Für  
50 uns zählt das Ziel, dass sich eine Koalition der Hilfsbereiten  
51 zur Aufnahme von Geflüchteten findet, mehr als das Ziel  
52 einer schlechten Einigung auf das Primat der Abschiebung.  
53  
54  
55 Gleichzeitig müssen die Bemühungen verstärkt werden,  
56 die Fluchtursachen zu bekämpfen. Hier müssen Bundesregierung  
57 und EU eine viel stärkere Rolle bei der Bekämpfung von  
58 Fluchtursachen einnehmen. Dazu gehören auch finanzielle  
59 Investitionen in Entwicklungs-

Empfehlung der Antragskommission:  
Annahme

60 **partnerschaften, z.B. Ausbildungspartnerschaften und**  
61 **Resettlementprogramme.**

62

63 **Begründung**

64 Wir schließen uns folgender Einschätzung der SPD-  
65 Landtagsfraktion an:

66

67 „Die Lage der Geflüchteten nach dem Großbrand des  
68 Camps Moria ist katastrophal. Nach dem verheeren-  
69 den Feuer sind aktuell 13.000 Menschen, darunter 4.000  
70 Kinder, obdachlos und haben nun auch ihr letztes Hab  
71 und Gut verloren. Jetzt dürfen wir nicht tatenlos zu-  
72 schauen. Die Zeit der großen Worte ist vorbei. Es ist nun  
73 endlich konkretes Handeln gefragt.“

74

75 Wir begrüßen, dass die NRW-Landesregierung sich be-  
76 reit erklärt hat, 1.000 Geflüchtete aufzunehmen. Doch  
77 den Worten müssen endlich Taten folgen:

78

79 „Die Lage hat sich für Menschen nach dem Großbrand  
80 noch mal um ein Vielfaches verschlechtert. Wir fordern  
81 die Landesregierung auf, endlich zu handeln und neben  
82 landeseigenen Soforthilfen endlich eine Bundesratsin-  
83 itiative in Berlin anzustoßen. NRW muss Vorreiter im  
84 bundesweiten Einsatz für die Menschen aus Moria sein,  
85 das wäre menschenwürdiges Handeln. Zudem Haben  
86 sich Städte und Kommunen in NRW bereits seit Mona-  
87 ten unter der Initiative „Sichere Häfen“ bereit erklärt,  
88 Geflüchtete aufzunehmen. NRW hat Platz für die notlei-  
89 denden Frauen, Männer und Kinder auf der Flucht. Die  
90 Landesregierung steht nun in der Pflicht den Weg da-  
91 für freizumachen“. (aus: Pressemeldung der SPD Frakti-  
92 on NRW vom 16. September 2020)

93

94 Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist es umso drin-  
95 gender, den bisher wenigen hundert Geflüchteten, die  
96 Deutschland aufgenommen hat, endlich eine angemessene  
97 Anzahl von aufzunehmenden Geflüchteten folgen zu lassen.

98

99  
100 Die Städte in unserem Land sind dafür bereit, sie haben  
101 inzwischen wieder die Kapazitäten dazu. Ca.180 Städ-  
102 te haben sich bundesweit als „Sichere Häfen“ zur Auf-  
103 nahme von Geflüchteten bereit erklärt. Gerade in NRW  
104 haben sich viele größere Städte parteiübergreifend da-  
105 zu gemeldet, darunter Köln, die Landeshauptstadt Düs-  
106 seldorf, die Bundesstadt Bonn, Solingen, Münster, Bie-  
107 lefeld. Doch die Bundesregierung weigert sich bisher,  
108 den Weg für Kommunen und Bundesländer, die zu ei-  
109 ner Aufnahme von Geflüchteten bereit sind, den Weg  
110 freizumachen.

111

112 Unser Land NRW könnte hier ein klares Zeichen set-  
113 zen: für Demokratie und den Schutz unserer Werte und  
114 Grundrechte. Wenn die ca. 180 Kommunen, die sich bis-  
115 her zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärt ha-  
116 ben, jeweils 50-100 Geflüchtete aufnehmen würden,  
117 wären dies bereits 9.000-18.000 – ohne, dass die Kom-

118 munen hier größere Kapazitäten freimachen müssten.  
119  
120 Die SPD muss sich weiterhin für eine grundlegende  
121 Überarbeitung der gemeinsamen Europäischen Asylre-  
122 geln einsetzen, basierend auf dem individuellen Recht  
123 auf Asyl, Menschenrechten und Solidarität, mit verbind-  
124 licher Verteilung der Asylbewerber\*innen auf alle Mit-  
125 gliedsstaaten. Den bisher vorgelegten Vorschlag von  
126 EU-Kommissarin Johannson halten wir hierfür nicht ge-  
127 eignet.  
128  
129 Für uns gilt: Der Zugang zum Asylsystem der EU muss  
130 für alle Menschen, die internationalen Schutz suchen,  
131 überall gesichert sein.  
132  
133 Der Ende 2020 von der EU-Kommission vorgelegte Ent-  
134 wurf einen „new pact migration“ muss von uns kri-  
135 tisch begleitet werden. Darüber hinaus brauchen wir  
136 eine verbindliche gemeinsame Herangehensweise für  
137 Schutz und Rettung im Mittelmeer. Notwendig sind ei-  
138 ne nachhaltige Finanzierung und die geregelte Koor-  
139 dinierung aller Maßnahmen. Für uns sind hierbei EU-  
140 Recht und Genfer Flüchtlingskonvention der Maßstab.  
141 Dabei muss gesichert sein, dass die geretteten Men-  
142 schen in einen sicheren Hafen und an Land gebracht  
143 werden, mit einem zügigen Mechanismus zur weiteren  
144 Verteilung.  
145  
146 Hierbei sollten Kommunen eine Schlüsselrolle spielen.  
147 Wie von Gesine Schwan vorgeschlagen, sollten Kommu-  
148 nen, die die Bereitschaft zeigen, Geflüchtete aufzuneh-  
149 men, durch die EU direkt finanziell unterstützt werden.  
150 Wir setzen uns dafür ein, die notwendigen rechtlichen  
151 Voraussetzungen hierfür zu schaffen.  
152  
153 Zudem sollte rechtlich geprüft werden, ob und wie fi-  
154 nanzielle Anreize für Mitgliedsstaaten geschaffen wer-  
155 den können, die besonders viele Geflüchtete aufneh-  
156 men .  
157  
158 Wir fordern, dass alle Mitgliedstaaten die notwendigen  
159 Maßnahmen ergreifen, um auch geflüchtete Menschen  
160 vor Corona zu schützen. Dazu gehört eine angepas-  
161 ste Unterbringung ebenso wie die Aufnahme geflüchte-  
162 ter Menschen aus den Ländern mit Außengrenze, insbe-  
163 sondere von den griechischen Inseln und Malta.  
164  
165 Solidarität und gemeinsames Handeln – das ist Europa.  
166 Niemand kann und darf sich von europäischem und in-  
167 ternationalem Recht freikaufen. Für uns heißt das auch:  
168 Wer sich verweigert und gegen europäisches Recht ver-  
169 stößt, darf nicht mit der vollen Unterstützung Euro-  
170 pas rechnen. Dies muss der künftige Haushalt abbil-  
171 den. Staaten, die sich Herausforderungen stellen, müs-  
172 sen mehr Unterstützung erfahren als Verweigerer.  
173  
174 Wir schließen uns der Programm AG zum Bundes-  
175 wahlprogramm an (Europa, Frieden und die Welt, vom

176 28.08.2020): „Neue Entwicklungsperspektiven machen  
177 den Menschen in Regionen mit großer Armut Hoff-  
178 nung auf eine bessere Zukunft. Wir wollen, dass Eu-  
179 ropa auch eine viel stärkere Rolle bei der Bekämpfung  
180 von Fluchtursachen und von rechtsfreien Räumen ein-  
181 nimmt. Kriege, Armut, Gewaltherrschaft und Perspek-  
182 tivlosigkeit lassen immer mehr Menschen verzweifeln.  
183 Für viele erscheint eine Flucht als letzte Möglichkeit. Es  
184 muss darum gehen, ihnen wieder Hoffnung auf eine gu-  
185 te Zukunft in ihrer Heimat zu geben. Die politische, wirt-  
186 schaftliche, soziale und ökologische Stabilisierung Afri-  
187 kas, vor allem auch Libyens und Nordafrikas insgesamt,  
188 sowie Zentralasiens ist daher der beste Weg, Fluchtur-  
189 sachen nachhaltig zu bekämpfen.“

190  
191 Wir Sozialdemokrat\*innen stehen zum Recht auf Asyl.  
192 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies ist  
193 der erste Grundsatz unseres Grundgesetzes. Wir las-  
194 sen nicht zu, dass europäisches Recht und europäisches  
195 Werte ausgehöhlt werden – wir ergreifen die Initiative!